

Sozialbündnis fordert: 600,– Euro Grund-sicherung

Ein breites Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden verlangt die Anhebung des Regelsatzes für die Grundsicherung von 446,– auf 600,– Euro und zusätzlich 100,– Euro Corona-Zuschlag. Unterzeichnet wurde der Aufruf unter anderem auch von ver.di, dem AWO-Bundesverband sowie kirchlichen Sozialverbänden, den Tafeln und dem Mieterbund. Insgesamt hat der Aufruf „**Soforthilfe für die Armen – jetzt!**“ 36 Unterstützer*innen. Die BALL erklärt sich solidarisch mit dem Aufruf.

Bezahlbarer Wohnraum muss her!

Auf der Stadtvertreter-sitzung Ende Februar drängte die BALL-Fraktion erneut darauf, dass es endlich mit dem Bau von bezahlbaren Sozialwohnungen für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen vorangehen muß. Seit dem Beschluss der Stadtvertretung ist mittlerweile mehr als ein Jahr vergangen. BALL-Stadtvertreter Klaus Kuberzig: „In Barmstedt liegen mittlerweile die Kaltmieten bei Altbauwohnungen – so am Holstenring und Weidkamp – bei 9,– Euro pro Quadratmeter, Neubauwohnungen sind noch teurer. Es ist unbedingt ein Mietpreisstopp erforderlich, und in Barmstedt sollte die Stadt ca. 40 bezahlbare Wohnungen schaffen. Die Stadt sollte dafür das Grundstück bereitstellen und das Belegrecht übernehmen. Ob die Stadt selbst baut oder zusammen mit einer Wohnungsbaugenossenschaft, muß zügig geklärt werden. Auf jeden Fall: es muß was passieren.“

130 neue Kindergartenplätze in Barmstedt: Die Richtung stimmt

Kontinuierlich hat die BALL sich für die Schaffung neuer Kita-Plätze engagiert, da in den letzten Jahren der Bedarf an Kita-Plätzen in unserer Stadt nicht gedeckt werden konnte.

Immer zum Beginn eines neuen Kita-Jahres (jeweils der 1. August) waren teilweise mehr als 100 Wartende registriert. Das heißt: Die Realisierung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz war weit entfernt. Erfreulich, dass so langsam Licht am Horizont zu sehen ist, und wenn die beschlossenen Projekte verwirklicht sind, gibt es rd. 130 neue Kindergartenplätze.

Sozialausschussvorsitzender Klaus Kuberzig (BALL) gibt einen Überblick über den aktuellen Stand bei Ausbau von Kita-Plätzen: „Nach langen Diskussionen über einen geeigneten Standort wurde – nicht zuletzt auf Drängen der BALL – ein Bauplatz an der Düsterlohe (B-Plan 72 A) für eine neue Kita ausgewiesen. Die Grundsteinlegung fand im Sommer letzten Jahres statt und wenn alles gut geht, werden zum 01. August diesen Jahres 70 Kinder dort untergebracht werden.



Im Februar vom Sozialausschuss und der Stadtvertretung beschlossen ist weiterhin der Ausbau der AWO-Kita „Sternenhimmel“ am Heederbrook. Dort wird Raum für vier Krippengruppen geschaffen und 40 Plätze für „Elementarkinder“ (ab 3 Jahre) werden abgesichert. Diese sind zurzeit noch in der Außenstelle am Sport-

platz untergebracht, die als Kita geschlossen werden muss, da verschiedene Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden können. Insgesamt entstehen bei der AWO 55 neue Kita-Plätze. Bei der Kita „Arche Noah“ der Diakonie in der Gebrüderstraße wurde unlängst eine „Outdoorgruppe“ geschaffen. Die dadurch

Tempo 30: flächendeckend!

Bereits anlässlich der Diskussion zum Lärmaktionsplan hat sich die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung und im Bauausschuss für die Einführung von Tempo 30 in ganz Barmstedt ausgesprochen. Dies hat die BALL bereits in ihrem Kommunalwahlprogramm gefordert. Tempo 30 ist schnell zu verwirklichen und die kostengünstigste Maßnahme, um Lärm, Abgase und Unfälle zu reduzieren. Durch eine Anliegerinitiative und mit Unterstützung durch die BALL konnte in der Lutzthorner Landstrasse auf einem Teilstück Tempo 30 durchgesetzt werden, verbunden mit einem Tempo-Smiley. Gewisse Hindernisse bei übergeordneten Straßenbehörden gegen Tempo 30 auf Kreis- und Landesstrassen sollten durch einen klaren Beschluss der Stadtvertretung und engagierte Initiativen aus der Bevölkerung überwunden werden. Eine neue Initiative aus dem Bereich der Moltkestrasse hat sich gerade mit einem Brief an die Stadt gewandt. Darin steht u. a. am Ende: „*Sorgen Sie für eine flächendeckende Verkehrsberuhigung in Barmstedt, senken Sie die Höchstgeschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet auf 30 kmh, bauen Sie die Fahrradwege aus, gestalten Sie die Innenstadt sicher und attraktiv und kommen Sie Ihrer Verantwortung für alle EinwohnerInnen Barmstedts nach.*“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Kita an der Düsterlohe wird von der Stadt auf einem städtischen Grundstück gebaut und finanziert und der Familienräume GmbH zur Verfügung gestellt. Diese Variante hat den Vorteil, dass Haus und Grund Eigentum der Stadt bleiben. Nach Auffassung der BALL sollte diese Variante grundsätzlich bei zukünftigen Bauten umgesetzt werden.

Klaus Kuberzig
Vorsitzender des
Ausschusses für
Jugend u. Soziales



Die CDU-/FDP-/Grüne-Landesregierung hat ein neues Kita-Gesetz erlassen mit kleinen Verbesserungen hinsichtlich der Personalausstattung sowie bei der Deckelung der Elternbeiträge. Es ist jedoch für die BALL nicht akzeptabel, dass ein wesentlicher Teil der Kosten des Kita-Gesetzes auf die Städte und Gemeinden abgewälzt wurde. Für die finanzschwache Stadt Barmstedt wird in 2021 der städtische Zuschuss für alle Kindergärten bei rd. 2,7 Mio. Euro liegen, und er wird weiter ansteigen.

freigewordene Fläche wird durch Umbauten für eine weitere Krippengruppe genutzt.

Bis alle diese Maßnahmen vollendet sind, müssen Kitapersonal und Eltern noch mit Übergangslösungen leben. Aber mit dann rund 130 neuen Plätzen stimmt die Richtung.“

Ein Wort zur Finanzierung:

Stadtvertretung 25. Februar 2021

CDU, FWB und SPD erhöhen Strompreise

Die Stadtvertretung beschloss mit den Stimmen von CDU, FWB und SPD eine Erhöhung der Strompreise. Die BALL, die GRÜNEN und eine SPD-Stadtvertreterin lehnten dies ab.

Die BALL gab folgende Stellungnahme ab: „Der Strompreis soll steigen, und es ist erkennbar, dass die Stadtwerke sich um eine möglichst moderate Erhöhung von 2,44 % beim Arbeitspreis für die Grundversorgung bemüht haben.“

Wesentlicher Grund für die Kostensteigerungen bei den Stadtwerken ist die Netzentgelterhöhung durch die SH Netz AG [0,91 ct/kWh netto].

Aber wenn man die Strompreisentwicklung aus der Perspektive der Bevölkerung und da insbesondere aus der Perspektive der einkommensschwächeren Menschen betrachtet, so kann



nur festgestellt werden, dass den Menschen in Privathaushalten seit der Jahrtausendwende [13,94 auf 31,47 Cent pro Kilowattstunde] eine rd. 125 %ige Steigerung der Strompreise aufgedrückt wurde, und

jede neue Erhöhung wird mit unterschiedlichen Worten und Erzählungen begleitet.

Die Hauptprobleme beim Strompreis liegen darin, dass die Versorgung mit Strom und die Unterhaltung der Netze – eigentlich

eine elementare Sache der nicht-gewinnorientierten Daseinsvorsorge – dem sogenannten Markt, also dem Geschäftsgebaren weniger dominanter Konzerne überlassen wurde, und diese agieren nicht in erster Linie im Interesse

der Bevölkerung sondern mit der Zielsetzung der Gewinnmaximierung und steigender Aktienkurse. Dann auch wichtig: Bei den Strompreisen für die Bevölkerung ist daran zu erinnern, dass diese die EEG-Abgabe für die rund 2.000 stromverbrauchsintensiven Großunternehmen, die von der EEG-Abgabe befreit sind, faktisch mitbezahlen. Und dann zahlen die privaten Haushalte auch das mehr, was viele Großverbraucher an Strompreinsnachlässen über Sondertarife erhalten.

Wir sagen: Die ständigen Strompreiserhöhungen müssen gestoppt werden, und die BALL tut dies, indem sie auch dieser moderaten Strompreiserhöhung aus grundsätzlichen und sozialen Erwägungen nicht zustimmt.“

Stadt erhält noch weniger Steueranteile

BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel gab auf der Video-Stadtvertreterversammlung am 25.2.21 folgende Stellungnahme zum städtischen Haushaltsplan 2021 ab: „Der Haushaltsplan 2021 für die Stadt Barmstedt geht von einem Defizit im Ergebnishaushalt (Einnahmen minus Ausgaben) von rd. 6.8 Mio Euro aus. In Barmstedt werden die höchsten Steuersätze genommen, um noch an Fehlbezugszuweisungen zu kommen, es wird im Haushalt jeder Cent umgedreht, die Personalausstattung bei der Stadt ist normal wie andernorts, für wichtige Aufgaben steht nichts oder wenig im Haushalt. So z. B. für die Unterstützung der Seniorenarbeit 6.500,- Euro im Jahr. Das ist angesichts des hohen Anteils älterer Menschen in Barmstedt mehr als bescheiden. Und mit dem Bau von bezahlbaren Sozialwohnungen für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen ist es auch noch nicht so weit voran gekommen,



dass im Haushalt dafür etwas steht. Und trotz all dem stehen rd. 6.8 Mio Euro. minus im Ergebnishaushalt. **Wie kommt das?** Die wesentliche Ursache für dieses Defizit ist diese: Bund und Land übertragen den Gemeinden viele Aufgaben, aber sie geben den Gemeinden nicht die dafür erforderlichen Steueranteile. Das hat die Stadtvertretung in der Vergangenheit wiederholt kritisiert. Es ist interessant, dass

Finanzminister Scholz von einem Schuldenschnitt für finanzschwache Kommunen sprach; das haben wir bereits vor Jahren gefordert. Bleibt zu hoffen, dass das nicht nur Wahlkampfgerede ist und nicht so endet wie die lang erwartete Gemeindefinanzreform der CDU geführten Jamaikakoaalition: diese hat für Barmstedt zu keiner erkennbaren Verbesserung geführt. Wir sehen, dass wir gegenüber dem Vorjahr

sogar geringere Steueranteile und Zuweisungen von Land und Bund im Gesamtbetrag von rd. 500.000,- Euro erhalten werden. Es ist zu befürchten, dass es noch weniger werden, wenn die Pleitewelle nach den lockdown-Massnahmen anläuft. Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kita- und Krippenplatz, und die Stadtvertretung hat erhebliche Maßnahmen beschlossen, um neue Kita- und Krippenplätze zu schaffen. Das Land hat gewisse Verbesserungen durch die Deckelung der Elternbeiträge und in der Personalausstattung beschlossen, aber die Gemeinden auf den deutlich höheren Folgekosten hängen lassen. Das ist nicht das erste Mal: Den Gemeinden werden Aufgaben übertragen, aber sie erhalten nicht die Steueranteile, um diese zu bewältigen. Wir wollen nicht versäumen über den Tellerrand zu blicken und dann stellen wir fest, dass in Barmstedts Haushalt vor allem auch die Anteile von den vielen

Abermilliarden fehlen, die dem Staat durch Steuerflucht oder Steuervergünstigungen für große Konzerne verloren gehen. ■ Weil lockdown-Gewinner wie amazon und die IT-Multis nahezu keine Steuern zahlen. ■ Weil die Bundesrepublik ein guter Standort für das organisierte Verbrechen und Wirtschaftskriminalität ist. ■ Weil die Besteuerung von riesigen Vermögen und Millionen-einkommen viel zu gering ist. ■ Weil die Bundesregierung dem Druck der USA nachgibt und sogar angesichts großer sozialer Not in der lockdown-Phase die Rüstungsausgaben auf rd. 53 Mrd. Euro erhöht hat. ■ Weil einige Milliarden, die für die nicht unumstrittenen lockdown-Massnahmen vom Staat u. a. an Konzerne, die noch vor kurzem hohe Gewinne machten, ausgegeben wurden, besser in finanzschwachen Gemeinden untergebracht wären. Eigentlich dürfte man einem solchen Haushalt mit einer von Bund und Land zu verantwortenden zu geringen Finanzausstattung nicht zustimmen. Diese ermöglicht es der Stadtvertretung nahezu nicht das im Grundgesetz

und in der Gemeindeordnung verankerte Recht auf Selbstverwaltung wahrzunehmen. Wenn wir dann doch den Haushalt verabschieden, dann um die Verwaltung handlungsfähig zu machen und die verschiedenen guten Dinge und wichtigen Investitionen umzusetzen, für die wir – zusammen mit anderen – eingetreten sind: den Bau des

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender

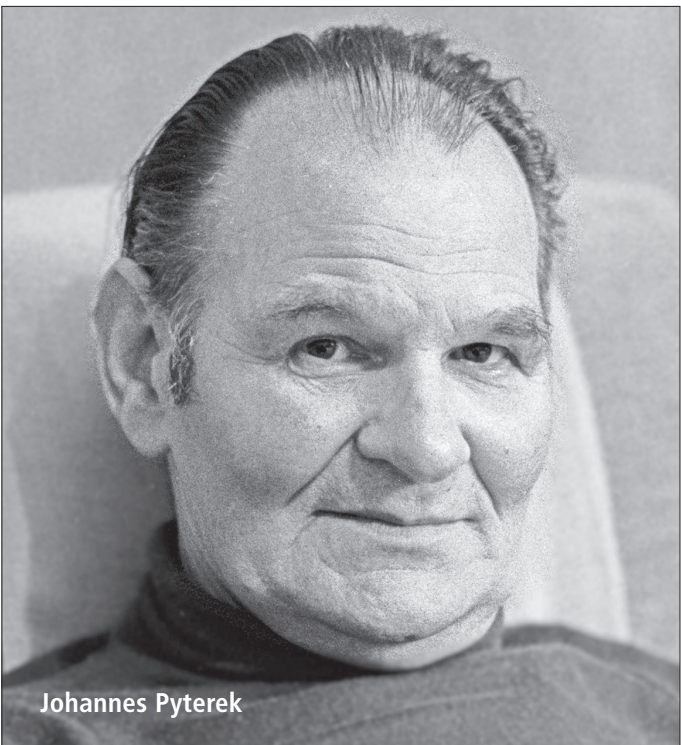


neuen Kindergartens und die Schaffung weiterer Kita-Plätze, den Ausbau der Schulkinderbetreuung, den Planungsbeginn für die Feuerwache, die Ausstattung der Schulen, die Unterhaltung der sozialen Einrichtungen, die Absicherung der Arbeitsplätze bei der Stadt, im Seniorenheim und bei den Stadtwerken, die Förderung des Sports – um nur Einiges zu nennen.“ Die CDU lehnte den Haushalt ab, u. a. da ihrer Ansicht nach zu viel Personal bei der Stadt arbeitet und die Schulden zu hoch seien.

Kommunale Demokratie verulkt

Fünf Monate lang hieß die Straße im Neubaugebiet an der Gr. Gärtnerstrasse Johannes-Pyterek-Straße. Auf Vorschlag der BALL-Fraktion hatte eine Mehrheit von SPD, BALL und einer GRÜNEN die Straße nach dem ersten gewählten Barmstedter Bürgermeister nach der Nazi-Zeit benannt. Auf der Februar-Stadtvertreterversammlung ließen CDU und FWB ein zweites Mal über den Straßennamen abstimmen: sie wollten keinen Namen, der für das andere Barmstedt während der Nazi-Zeit und danach stand. Für die BALL-Fraktion erklärte Henrik Pünner u. a.: „CDU und FWB akzeptieren diese Entscheidung der Stadtvertretung nicht und wollen die Abstimmung wiederholen, bis sie ihr gewünschtes Ergebnis und „ihren“ Namen erhalten... Der vorliegende Antrag zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Vollmundig angekündigt werden in dem Antrag „umfangreiche“ Gründe für eine Umbenennung, es folgen dann in der Begründung derer DREI: das knappe Abstimmungsergebnis, bei Abwesenheit dreier Stadtvertreter und die fehlende „prägende Rolle“ im Zeitgeschehen für Johannes Pyterek. Immerhin erkennen die Antragsteller an, dass es in einer Demokratie auch Einstimmenmehrheiten geben kann, bedenklich ist allerdings schon, dass sie nicht einmal das tatsächliche Abstimmungsergebnis zur Kenntnis nehmen, denn die Straßenbenennung wurde nicht mit einer sondern zwei Stimmen-Mehrheit beschlossen. In unserer Fraktion konnte

sich jedenfalls keiner daran erinnern, dass hier in den vergangenen Jahrzehnten knappe Abstimmungen wiederholt wurden, weil einzelne Stadtvertreter fehlten. **Hinterher jammern, weil das**



Ergebnis nicht gefällt, das machen schlechte Verlierer. Im vorliegenden Antrag steht weiterhin, die Namensgebung wäre ohne weitere Beratung erfolgt, die BALL hätte die Abstimmung „durchgedrückt“: Das ist nun ganz spaßig. Diejenigen, die auf eine Entscheidung gedrückt haben, kamen aus der CDU, namentlich Ortwin Schmidt, der immer wieder im Bauausschuss und der Stadtvertretung auf eine zügige Namensvergabe gedrungen hat (nachzulesen u. a. in den Protokollen der Stadtvertreter-

sitzungen am 30.6. und 29.9.). Auf der Sitzung am 29.9. war dann auch fraktionsübergreifend Konsens, dass an diesem Abend ein Name beschlossen werden sollte. Das erfolgte dann letztlich

in der Galerie im Treppenhaus des Rathauses hängt, ist vor allem dem ausdauernden Nachhaken der Barmstedter Geschichtswerkstatt zu verdanken, im alten Rathaus hing er noch nicht (man wollte damals da wohl keinen Kommunisten hängen haben). Auch deshalb unser Namensvorschlag, der darüber hinaus stellvertretend für den Widerstand und die Inhaftierungen von mehr als 20 Barmstedtern und ebenso diejenigen, die tatkräftig am demokratischen Neuaufbau mitgewirkt haben, stehen soll. Für Beides steht Johannes Pyterek: er war ein Jahr in Neumünster inhaftiert wg. Widerstandsaktivitäten und dann der erste demokratisch gewählte Bürgermeister nach 1945. Hier hat er sich freiwillig und als ehemals vom Naziregime Verfolgter unter schwersten Bedingungen dazu bereit erklärt, den Grundstein für ein friedliches und demokratisches Gemeinwesen in Barmstedt zu legen.... Neben dieser ausdrücklichen Nichtwürdigung der Person „Johannes Pyterek“ enthält der vorliegende Antrag unter anderem die Formulierung des „guten demokratischen Grundverständnisses in der Stadtvertretung und deren Gremien“. Zu diesem Grundverständnis gehörte bisher ebenen auch das rotierende Vorschlagsrecht. Wir möchten letztlich mit Nachdruck daran erinnern, dass die BALL-Fraktion das Vorschlagsrecht für diese Straßenbenennung hatte, welches uns der vorliegende Antrag aberkennen möchte. Wir haben

verschiedene Namensvorschläge aus der Bevölkerung, selbstverständlich dabei auch die von künftigen Anwohnern, abgewogen und dann einen Namen gewählt, der u. E. im Spektrum der vorhandenen Straßennamen in Barmstedt ein sehr gutes Bild abgibt, nicht „neutral“ ist sondern für etwas steht - mit leider auch immer wieder tagesaktuellem Bezug....“ BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel sagte: „Die heutige Diskussion findet nicht im luftleeren Raum statt: ■ Nazi-Gruppen mit Todeslisten (Nordkreuz) wurden aufgelöst, ebenso wegen Nazi-Umtriebe eine Einheit der KSK (Kommando Spezialkräfte), und von anderen KSK-Soldaten wurden jüngst große Mengen gehorteter Munition und Waffen eingesammelt. Die neue MAD-Chefin will den Rechtsextremismus in der Bundeswehr bekämpfen – hoffentlich. ■ Gerade wurde der Jahrestag der rassistischen Morde in Hanau begangen. Die Morde des NSU, von Hanau, der Anschlag von Halle oder der Mord an dem Kasseler CDU-Regierungspräsidenten Walter Lübcke hätten auf schreckliche Weise vor Augen geführt, was der Rechtsextremismus anrichten könne – so Bundeskanzlerin und Bundespräsident. ■ Merkel ruft zum Kampf gegen Rassismus auf. Die Bundesregierung setzt einen Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ein. Und wie wollen CDU und FWB in Barmstedt diese richtigen Erklärungen gegen Rassismus und Nazis umsetzen? Indem sie eine von der Stadtvertretung beschlossene Straßenbenennung

nach einem Barmstedter Gegner der Nazi-Barbarei rückgängig machen? Einem Barmstedter aus der Arbeiterbewegung, der trotz der Inhaftierung während der Nazi-Zeit nach dem Krieg tatkräftig an der Bewältigung der sozialen Not mitwirkte und zum ersten gewählten Bürgermeister nach 1945 in Barmstedt wurde. CDU und FWB sollten mal überlegen, welche Signale sie mit einem solchen Beschluss senden, und aus welcher Ecke sie Zustimmung erhalten, Zustimmung nicht für die dritte Gärtnerstraße sondern Zustimmung aus der rechten Ecke (z. B. der AFD) für die Beseitigung dieses bescheidenen antifaschistischen Erinnerungsbeitrags.“

Henrik Pünner
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Am Ende haben CDU, FWB und ein GRÜNER ohne die von ihnen geforderte „breite Mehrheit“ mit einer knappen Mehrheit von 12:10 - bei Verhinderung eines BALL-Stadtvertreters - die Straße umbenannt in „Alte Gärtnerlei“. Sie haben damit 1) die kommunale Demokratie verulkt (Soll jetzt jede Entscheidung mit knapper Mehrheit mehrfach abgestimmt werden?) 2) Vereinbarungen gebrochen, indem sie der BALL das Vorschlagsrecht nahmen und vor allem 3) die Botschaften und Reden, die anlässlich des Jahrestages der rassistischen Morde in Hanau gehalten wurden, nicht verstanden.